

VBE und GEW zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Präventionsarbeit ausbauen, Demokratie schützen!

Anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus haben der Verband Bildung und Erziehung (VBE) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) der Opfer der menschenverachtenden Verbrechen der Nationalsozialisten gedacht. Die beiden größten Bildungsgewerkschaften des Landes mahnten zugleich, dass der zunehmend von Mangel geprägte Schulalltag Demokratiebildung allgemein, aber auch Projekte zur Prävention gegen Antisemitismus mehr und mehr erschweren. Hierzu Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des VBE: „Wir leben in einer Zeit, die von sich überlagernden Krisen geprägt ist und das gesellschaftliche Miteinander auf eine harte Probe stellt. Wirft man den Blick in die Vergangenheit, wird klar, dass insbesondere Epochen wie diese ein Nährboden für Verschwörungstheorien und menschenfeindliche Narrative darstellen. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass rechte Gruppierungen Unsicherheiten und Angst in unserer Gesellschaft schüren und antisemitische Ressentiments verbreiten. Jede Demokratin und jeder Demokrat stehen in der Verantwortung, die Erinnerung an die unaussprechlichen Verbrechen des Nationalsozialismus zu bewahren und sich jeder Form von Antisemitismus entschieden entgegenzustellen. Nur so können wir unserer historischen Verantwortung nachkommen und sicherstellen, dass Geschichte sich nicht wiederholt.“



Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter aus Israel, Polen und Deutschland gedenken gemeinsam der Opfer des Nationalsozialismus

Die Vorsitzenden beider Gewerkschaften betonten den Wert, den Bildung in einer demokratischen Gesellschaft innehat und forderten die Politik dazu auf, Schule endlich so auszustatten, dass Schulleitungen und Lehrkräfte professionell arbeiten können. Dies sei Grundvoraussetzung für gelingende Bildung.

Vertreterinnen und Vertreter von Bildungsgewerkschaften aus Israel, Polen und Deutschland nahmen an der zentralen Gedenkveranstaltung zur Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau teil. Im Vorfeld des Gedenkens haben die anwesenden Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter einen Blick auf das Schicksal von Frauen und nicht-heteronormativen Menschen in Konzentrationslagern geworfen und sich zu vielen Aspekten der Vermittlung des Themenkomplexes in Schulen und Kitas ausgetauscht. Unter anderem war die Wissenschaftlerin Joanna Ostrowska zugeschaltet und hat von den Hindernissen berichtet, mit denen sie im Laufe ihres Forschungsprozesses konfrontiert war. Diese haben sie schlussendlich dazu gezwungen, aus Polen zu emigrieren.



Bundesinnenministerin Nancy Faeser

Die Rolle des Staates in Zeiten der Krise: dbb Jahrestagung 2023

Die multiple Krise mit ihren komplexen Herausforderungen setzte den Rahmen der Jahrestagung von dbb beamtenbund und tarifunion, die am 09. und 10. Januar 2023 in Köln stattfand. Im Mittelpunkt stand die Frage: Was braucht es, um den öffentlichen Dienst als wichtigen Grundpfeiler unserer Gesellschaftsordnung resilienter, zukunftsfester und attraktiver zu gestalten, um zur nachhaltigen Bewältigung aktueller und künftiger Herausforderungen beizutragen? Zu dieser Frage diskutierten Gäste aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft mit den Teilnehmenden. Der VBE, größte Fachgewerkschaft im Dachverband dbb, war über seine Delegierten in den verschiedenen dbb-Gremien aktiv vertreten.

Der Bundesvorsitzende des dbb, Ulrich Silberbach, forderte unter anderem: „Wir müssen raus aus dem Krisenmodus. Die größte Gefahr für die Demokratie, für den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens und auch für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand ist ein kaputt gesparter, nicht funktionsfähiger öffentlicher Dienst“, es brauche „Tatendrang, mehr Personal, attraktive Beschäftigungsbedingungen, Digitalisierung“. Insbesondere in Richtung der anwesenden Bundesinnenministerin Nancy Faeser sagte er: „Legen Sie endlich los! Land, Leute und Wirtschaft warten. Und diese Warterei kostet Nerven, Vertrauen und viel Geld“.

Faeser ihrerseits würdigte die außergewöhnlichen Leistungen des öffentlichen Dienstes. Unter anderem betonte sie, das Thema Fachkräftegewinnung müsse und werde intensiviert und verbessert. Hinsichtlich der Gestaltung attraktiverer Arbeitsbedingungen versprach die Bundesinnenministerin, die Einkommensrunde für Bund und Kommunen in den Blick nehmend: „Wir werden zu einer tragfähigen Lösung kommen.“ In weiteren Impulsen und Diskussionen mit renommierten Expertinnen und Experten standen unter anderem die Bedeutung des öffentlichen Dienstes als Stabilisator für gesellschaftlichen Zusammenhalt, das Thema Fachkräftegewinnung und der Beitrag des öffentlichen Dienstes auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit im Fokus. Ausführliche Berichte zu den Programmpunkten der dbb Jahrestagung finden Sie hier: <https://kurzelinks.de/dbb-jahrestagung>

KMK-Präsidentin: Aus Berlin für den Ganztagsausbau

Ein weibliches Führungstrio leitet die Geschicke der Kultusministerkonferenz (KMK) im Jahr 2023. Astrid-Sabine Busse, Berliner Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, folgt im Amt der KMK-Präsidentin auf die Ministerin für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, Karin Prien, die nun 2. Vizepräsidentin ist. Zur 1. Vizepräsidentin wird Ministerin Christine Streichert-Clivot aus dem Saarland, welche im nächsten Jahr den Vorsitz übernimmt.



KMK-Generalsekretär Udo Michalik gratuliert Senatorin Astrid-Sabine Busse

Das Präsidenschaftsjahr hat das Schwerpunktthema „Qualitative Weiterentwicklung der Ganztagschule in der Primarstufe“. Doch auch weiteren Themen wird sich die Senatorin widmen müssen. Allem voran drängt der Lehrkräftemangel und überlagert sämtliche reformpädagogische Bemühungen. Der Bundesvorsitzende des VBE, Gerhard Brand, wünschte ihr in einem Gratulationsschreiben Erfolg und appellierte an ihre Erfahrung als Schulleiterin. Sie wisse aus eigener Erfahrung, wie wichtig die Qualifikation von Lehrkräften sei. Demnach erwarte er, dass sie allen Ideen, die einer Deprofessionalisierung gleichkommen, eine Absage erteilt.

Vorschläge aus dem Märchenland der Bildungsromantik

Die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK), das beratende wissenschaftliche Gremium der Kultusministerkonferenz, hat Ende Januar Empfehlungen zum Umgang mit dem Lehrkräftemangel vorgelegt. Der VBE Bundesvorsitzende, Gerhard Brand, fand deutliche Worte bei seiner Einordnung der vorgeschlagenen Maßnahmen: „Allen, die mit der Hoffnung auf Besserung seit Monaten und Jahren bis an die Grenzen der Belastbarkeit und darüber hinaus arbeiten, wird jede Vision geraubt. Es wird nicht besser, es wird nur immer schlimmer. Größere Klassen, mehr unterrichten, länger unterrichten: So stellt sich die KMK die Lösung des Lehrkräftemangels vor. Mit diesen Maßnahmen wird das Versagen der Politik auf dem Rücken der Lehrkräfte ausgetragen. Dem erteilen wir eine klare Absage!“

Die SWK hatte unter anderem vorgeschlagen, dass der Antrag auf Teilzeit-Arbeit gut begründet werden müsse, die Altersreduktion ausgesetzt werden solle oder die Klassenteiler angepasst werden könnten. Auch Hybridunterricht und mehr Selbstlernzeit in der Oberstufe waren Vorschläge. „Es ist ein Irrglaube, die Beziehungsebene zur Lehrkraft durch eine Videoleinwand ersetzen zu können. Es ist ebenso ein Irrglaube zu denken, dass Schülerinnen und Schüler ohne Anwesenheit der Lehrkraft brav auf ihren Stühlen sitzen und auf Beschulung warten. Das ist eine Vorstellung aus dem Märchenland der Bildungsromantik“, so Brand.

Zwar wurden auch Entlastungen für Lehrkräfte vorgeschlagen, doch nach Einschätzung des VBE zu wenige und nicht unter Beachtung des Alltags an Schulen, wenn zum Beispiel Fortbildungen zu Mental Health angeboten werden sollen. Der VBE Bundesvorsitzende kommentiert: „Viele Lehrkräfte können schon lange keine Fortbildung mehr wahrnehmen. Zu sehr werden sie an der Schule gebraucht, zu groß das Loch, welches durch ein Fehlen der Lehrkraft entsteht. In der Realität wird es daher so laufen: Die Belastungen für Lehrkräfte werden hingenommen, die Entlastungen können nicht umgesetzt werden. Statt das Berufsfeld endlich attraktiver zu gestalten, werden also die Bedingungen zuungunsten der Beschäftigten verändert.“

Alle Empfehlungen können Sie hier nachlesen: <https://kurzelinks.de/swk-mangel>



VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE